

Piet de Vries

BDS in den Niederlanden

Einführung

Das Soziale und politische Klima gegenüber Palästina

- Ansichten in der Gesellschaft
- Regierungspolitik
 - Internationales Recht wird nicht vollstreckt
 - Nationaler „Action Plan“ für Wirtschaft und Menschenrechte
 - Die OECD Richtlinien
 - ☒ Risikoanalyse
 - ☒ Interventionsprozess

BDS Programme

- Desinvestition:
 - Der Fall des PFZW Rentenfonds
- Vergabe öffentlicher Aufträge:
 - Der Fall EBS
- Konsumentenboykott:
 - Dialog über die Kennzeichnung

Ein Hinweis zum Abschluss

Präsentation für die BDS-Impulstagung 14.-15. März

Sonja Zimmermann

Onderzoek Centrum Palestina (DocP) in den Niederlanden

Einführung

Ich bin für die Organisation „ **Dienstleistungen** und Forschungen über Palästina“ tätig, dass 2011 gegründet wurde.

Unsere Ziele:

- Eine nachhaltige BDS Kampagne aufzubauen, national und regional
- Forschung und Beobachtung
- Hilfe und Dienstleistungen für unsere Mitglieder anbieten

Leitbild:

Der Aufruf der Palästinensischen Zivilgesellschaft zu Boykott, Desinvestition und Sanktionen ist unser Leitbild.

Wir haben:

- **Gruppenmitglieder die sich aus 20 verschiedenen Organisationen zusammensetzen**, (einige davon sind Palästinensisch) einige gehören keiner Organisation an
- **Einen Vorstand** der verantwortlich ist für die Planung, Koordination und Fundraising
- **Ein Aktionsteam**, das die Aktivitäten durchführt
- **Kommunikationsmittel** (unsere homepage, facebook, twitter, email-newsletter)

Entwicklung der Bewegung

Die unterschiedliche Gruppenzusammensetzung verschiedener Organisationen und Einzelpersonen hat zu der Entwicklung unserer Bewegung beigetragen und dazu mehr Menschen in unsere Aktivitäten einzubinden.

Durch unsere Kommunikationsmedien konnten wir ein digitales Netzwerk schaffen, dass sich über mehr als 50.000 Adressen erstreckt.

Nachhaltigkeit

Alle Menschen bei docP arbeiten ehrenamtlich, jedoch der formale Aufbau der Organisation macht unsere Arbeit fokussiert und strukturiert.

Die BDS Community der Niederlande

DocP ist nicht die einzige Organisation, die sich mit BDS beschäftigt. Es gibt NRO (Nichtregierungsorganisationen), Gewerkschaften und Parteigruppen, religiöse Organisationen (Kairos), und Graswurzel-Gruppen die ausserhalb unserer Organisation arbeiten. Bis jetzt sind wir aber die einzige Organisation, die ausschliesslich an BDS arbeitet und den Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft als Leitbild hat.

Das Soziale und politische Klima gegenüber Palästina

In meinem Land gibt es eine langjährige Sympathie für Israel

Diese resultiert teilweise aus Schuldgefühlen gegenüber Juden aufgrund des 2. Weltkrieges.

Außerdem gab es nie eine besonders große Sympathie für Araber und Muslime. Oft werden sie als "die Anderen" gesehen.

Wir haben eine starke Israellobby. Aktionen für Palästina können leicht als antisemitisch oder antijüdisch bezeichnet werden. Selbst während dem letzten Gaza Krieg.

Diese Einstellungen haben einen großen Einfluss auf unsere Regierungspolitik.

In der holländischen Regierung haben wir zurzeit eine Koalition aus Sozialdemokraten und Rechtsliberalen, mit einer Mehrheit der Liberalen. Der Außenminister (Bert Koenders) ist Sozialdemokrat, dennoch bestimmen die Liberalen mehr oder weniger die Israel/Palästina Politik.

Trotz alledem haben wir in dieser Regierung einige positive Veränderungen gesehen:

- Die Siedlungen sind deutlich als illegal definiert und "gehören nicht zu Israel". Daher dürfen Produkte aus den Siedlungen nicht als "Israelisch" deklariert werden.
- Unternehmen wurden vor möglichen gesetzlichen Konsequenzen in der Zukunft gewarnt, falls ihre Arbeit die illegalen Siedlungen unterstützt.

Als Resultat dieser Warnungen haben letztes Jahr zwei große Unternehmen ihre Verträge mit Israelischen Firmen widerrufen:

- 1.) Das Technologieunternehmen HaskoningDHV zog seine Verhandlungen bezüglich einer Kläranlage im besetzten Ost Jerusalem zurück
- 2.) Der Anbieter zur Wasserversorgung Vitens widerrief seine Kooperation mit der Firma Mekorot, aufgrund von Mekorots Rolle in der Ausbeutung von Wasserressourcen in den besetzten Palästinensischen Gebieten.

Die Regierung positioniert sich folgendermaßen:

Diese Entscheidungen unterliegen vollständig der Verantwortung der Unternehmen selbst. Für die Niederlande gibt es also kein gesetzliches Verbot von Geschäftskontakten mit den Siedlungsgebieten.

Die Niederlande haben einen Nationalen "Action Plan" für Unternehmen bezüglich der Menschenrechte. Dieser Action Plan basiert auf den UN Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (die sogenannten UN Leitprinzipien). Diese Prinzipien wurden 2011 vom UNO Menschenrechtsrat ratifiziert. Sie beinhalten drei Hauptthemen:

- Die Pflicht von Staaten die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu schützen
- Die Verantwortung der Unternehmen die Menschenrechte zu wahren
- Zugang zu Rechtsmitteln, wenn diese Rechte verletzt wurden

Das Gremium zur Umsetzung dieser Richtlinien ist die OECD, (Organisation for Economic Co-operation and Development), die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Sie ist eine zwischenstaatliche Organisation, bestehend aus 34 Ländern. Sie entwickelt und fördert soziale und ökonomische Strategien.

Gemäß der OECD Richtlinien müssen Wirtschaftliche Operationen gewissenhaft sein, in Bezug auf die Auswirkungen ihrer Geschäfte auf die Menschenrechte

- Nicht nur ihre eigenen Geschäfte
- Sondern auch die der Partner in der Versorgungskette

Die Branchen müssen eine Risikoanalyse durchführen (z.B. Das Risiko, dass die Bekleidungsindustrie Textilien importiert die irgendwo innerhalb der Lieferkette durch Kinderarbeit produziert wurden)

Wenn ein Risiko in der Versorgungskette definiert wurde (z.B. die Unterstützung illegaler Siedlungen), sollte das Unternehmen einen Interventionsprozess mit ihren Geschäftspartnern starten, um das Risiko zu besprechen.

Dies ist unser politisches Umfeld, entstanden aus Internationalen Gesetzen, Menschenrechten und den politischen Rahmenbedingungen der "UN Leitprinzipien". In diesem Umfeld versuchen wir unsere BDS Kampagnen zu entwickeln.

Das BDS-Programm

Wir arbeiten in allen Bereichen von B,D und S. In dieser Präsentation beschreibe ich zwei Beispiele unserer Arbeit in Desinvestition und ein Beispiel von Konsumentenboykott.

Desinvestition: Der Fall des PFZW Rentenfonds

Der PFZW Rentenfonds hat beträchtliche Depots von Investitionen in Israel welche von der Investmentgesellschaft PGGM abgewickelt werden. Veolia, Elbit und Israelische Banken sind einige der Unternehmen auf ihrer Liste. Seit 2009 hat unsere Bewegung zusammen mit einigen christlichen Organisationen, Briefe an den Rentenfonds geschrieben, bezüglich seiner Investitionen in Veolia, Elbit und Israelische Banken. In ihrem Jahresbericht hat die Investmentgesellschaft PGGM einen Paragraphen über seine **Interventionsprozesse** mit Investmentpartnern, z.B. Israelischen Partner, bezüglich ihrer Geschäfte in den illegalen Siedlungsgebieten.

2014 hat PGGM bekannt gegeben, dass ihre Interventionsprozesse mit Israelischen Banken beendet seien, und dass sie ihre Investitionen von fünf Israelischen Banken zurückgezogen hätten. Die Veröffentlichung hatte riesige Auswirkungen und wurde großflächig in unseren Medien und sogar im Parlament diskutiert.

Einige Anmerkungen zum PGGM Fall

1. Es hat fünf Jahre gedauert, bis die PGGM Investmentgesellschaft endlich überzeugt war und die Investitionen entzogen hat.
2. PGGM hat mit zwei politischen Instrumenten gearbeitet: dem Internationalem Menschenrecht und den OECD Richtlinien. Sie folgten dem Interventionsprozess ihrer Partner wie in den Richtlinien beschrieben
3. Der Interventionsprozess endete, als klar wurde, dass wegen der Gesetze Israels die Israelischen Banken sich niemals aus den illegalen Siedlungsgebieten zurückziehen könnten.
4. Der Außenminister wurde ins Parlament einberufen um zu erklären, was falsch gelaufen war, doch der sagte nur, dass diese Entscheidung allein in der Verantwortung der Investmentgesellschaft PGGM liegt und dass die Regierung nicht involviert war.
5. Der Fall PGGM wurde ein Beispiel mit dem wir versuchen den anderen großen Rentenfonds ABP (für Beamte) zu überzeugen auch seine Investitionen zu entziehen.
6. Viele Zivilgesellschaftliche Organisationen und auch Einzelpersonen haben zusammengearbeitet um die PGGM Investmentgesellschaft zu überzeugen diesen Schritt zu gehen.

7. Es ist nicht immer so eine massive Mobilisierung von Menschen, über so einen langen Zeitraum notwendig. Beispiel: Mai 2006 haben nur einige Kunden unsere ASN Bank angeschrieben mit der Forderung ihre Investitionen aus Veolia zurückzuziehen. Die Bank veranlasste eine ausführliche Untersuchung. In der Zwischenzeit kontaktierten noch zwei zivilgesellschaftliche Organisationen die Bank. September 2006 (vier Monate später) entschied die ASN Bank ihre Investitionen zurückzuziehen.

Die Vergabe öffentlicher Aufträge: der Fall EBS

2014 schrieb die Landesregierung von Nordholland eine Ausschreibung aus für seinen Bedarf an öffentlichen Busunternehmen der Region Haarlem IJmond. Drei Transportunternehmen bewarben sich: Syntus, Connexxion und EBS. EBS ist der Europäische Zweig der israelischen Egged, einer Genossenschaft, die Busverbindungen in alle israelischen Siedlungen unterhält.

Unabhängig von EBS gibt es auch ein Problem mit Connexxion wegen seiner engen Verbindung mit Veolia. Connexxion ist in einem Fusionsprozess mit Veolia. Aber Connexxion selbst hat keine Geschäfte in den Besetzten Gebieten.

Anderen Orts haben wir gegen die Beteiligung von Connexxion an Ausschreibungen für öffentliche Busse protestiert. Aber in dem Fall von Haarlem entschieden wir das „größere Übel“ anzugehen, EBS.

Die Aktivisten in Haarlem gingen auf die Straße und schrieben: **“Kein Apartheidbus hier“** in großen, gelben Buchstaben mit Kreide auf den Boden des Busbahnhofs.

Sie nahmen außerdem an Anhörungen des Regionalrats teil und argumentierten, dass die Provinz eine beispielhafte Rolle in der Umsetzung der OECD Richtlinien einnehmen sollte. Sie sollte die Verbindung von EBS zu der Mutterfirma Egged überprüfen und informiert werden, dass Egged involviert ist in Tätigkeiten, die die Menschenrechte der Palästinenser verletzen.

Zu unserer Freude wurde EBS nicht ausgewählt für die Buskonzession, sondern Connexxion. Wie auch immer, die Endentscheidung steht noch aus, da Syntus die Entscheidung aus rechtlichen Gründen angefochten hat.

Anmerkungen zum EBS Fall:

1. In diesem Fall haben zwei Partner zusammengearbeitet: docP und eine Partnerorganisation in Haarlem. DocP beobachtet die Vergabe öffentlicher Mittel, so dass wir Haarlem die Information über die Ausschreibung geben konnten. Haarlem hat die Aktion durchgeführt.
2. Aus strategischen Gründen haben wir entschieden das schlimmere Übel zu bekämpfen: Erstens, weil Israels EBS viel schlimmerer Spuren hinterlässt

als Connexion; zweitens hat es uns geholfen eine eindeutige Botschaft zu formulieren über die Mitschuld an Israels illegaler Besetzung; drittens musste die Provinz aus Wettbewerbsgründen eine Entscheidung treffen, und wir konnten keine der beiden anderen Firmen ausschließen.

3. Wir haben die Rahmenbedingungen für unseren Fall aus dem bereits existierenden "National Action Plan für Wirtschaft und Menschenrechte" entnommen, so dass die Provinz das Gefühl hatte mit vertrauten Regierungsrahmenbedingungen zu arbeiten.
4. Waren es unsere Aktionen, die EBS besiegten? Oder war es, weil Connexion billiger war, so wie die Provinz sagt? Unser Partner in Haarlem versucht das gerade herauszufinden.

Konsumentenboykott: Dialog über Kennzeichnung

Vor vier Jahren hat unser BDS Netzwerk 10000 der führenden Supermarktkette Albert Heijn 10000 Unterschriften übergeben, die gegen den Verkauf Israelischer Produkte, die auf gestohlenem Land und mit gestohlenem Wasser angebaut wurden, protestieren. Das war das erste Mal, dass das Management bereit war uns zu empfangen und mit uns zu reden.

Diese Aktion hat einen Dialog mit dem gesamten Nahrungsmittelsektor entwickelt. Einer unserer Partner in dieser Aktion ist SOMO, die Stiftung für Forschung über Multinationale Unternehmen. Somo hat in Erwägung gezogen eine Beschwerde bei der OECD einzureichen gegen Albert Heijn, wegen Irreführung der Kunden durch den Verkauf von Produkten aus Siedlungen unter der Kennzeichnung Israel.

Wie auch immer, die OECD schlug vor, zuerst mit dem Supermarkt Gespräche zu führen und zu versuchen unser Problem ohne eine formale Beschwerde zu lösen. Dieser Dialog wurde unterstützt von der OECD Nationalen Kontaktstelle.

Der Supermarkt sagte: „Aber es gibt so viele Konfliktherde, warum nur Palästina?“ Also brachten wir auch das West Sahara Komitee, da es ähnliche Themen hat. Die Diskussion wurde erweitert, was zu unser beiderseitiger Vorteil war.

Unser Dialog konzentrierte sich auf das Thema *Korrekte Kundeninformationen* durch Kennzeichnung.

Wir haben viele Meetings damit verbracht Informationen über die Palästinafrage und die der West Sahara, über die Analyse von Gesetzen, EU Bestimmungen für Import und Etikettierung und bewährte Methoden andersorts auszutauschen.

Es ist kaum zu glauben, aber wir haben drei Jahre lang diskutiert. Und was war das Ergebnis?

Am Ende haben wir einen Vorschlag zur Kennzeichnung gegeben und wie er umgesetzt werden könnte. Unser Vorschlag war einfach: Zwei Kennzeichnungen: "Israel" und "Palästina", und "Kennzeichnung von Siedlungsprodukten". Im Anhang fügten wir eine schwarze Liste der Firmen hinzu, die mit Produkten aus den Siedlungen handeln, basierend auf einem Bericht von Who Profits. Dieser Bericht implizierte ein Verbot von Handel mit diesen Firmen.

Der Nahrungsmittelsektor sollte einen Vorschlag machen, wie sie die OECD Richtlinien bezüglich der Siedlungsprodukte umsetzen würden. Aber in Wirklichkeit schlugen sie gar nichts vor.

Also was wurde schließlich entschieden?

Der Supermarkt akzeptierte unsere Vorschläge mit dem "keine Siedlungen Etikett" oder der schwarzen Liste nicht. Aus ihrer Sicht lief die Schwarze Liste auf ein Importverbot hinaus. Die Supermärkte würden so einem Verbot nur zustimmen, wenn es von der Regierung verhängt wird.

Unser letzter Vorschlag für den Nahrungsmittelsektor ist, einen gemeinsamen Brief an die Regierung zu schreiben, in dem wir auf ein Importverbot drängen.

Ich hatte gehofft, euch zu erzählen, wie dieser Vorgang endet. Der Dialog wird enden, weil wir keine Übereinkunft erreicht haben. Aber wird es einen gemeinsamen Brief geben, oder nicht? Wir haben unser letztes Meeting geplant und hofften es würde vor heute sein, so dass ich euch über das Resultat informieren könnte. Aber es tut mir leid, ich muss euch im Ungewissen lassen!

Einige Hinweise zu dem Prozess:

Unser Ziel im Dialog war es, die Supermarktkette zu überzeugen, keine Siedlungsprodukte mehr einzulagern. Aber als wir sie nicht überzeugen konnten, dachten wir zunächst, die Einführung der Kennzeichnung von Siedlungsprodukten könnte auch ein Schritt vorwärts sein. Denn sobald eine Kennzeichnung da wäre, könnten wir zum Boykott aufrufen.

Wie auch immer, im Laufe der Zeit hat sich das Denken in der globalen BDS Bewegung entwickelt und die Einführung eines Etiketts von Siedlungsprodukten wäre als Rückschritt betrachtet worden. Denn ein Etikett würde indirekt die Anwesenheit von illegaler Herkunft legitimieren. Wir diskutierten viel darüber innerhalb unserer Verhandlungsgruppe, denn einige hatten das Gefühl irgendeine Art von Ergebnis zu brauchen. Es hat uns sehr geholfen, diese Schritte mit dem BNC (Nationalen BDS Komitee) besprechen zu können und deren Analyse und Erkenntnis zu nutzen.

Was hat uns dieser Prozess gebracht?

- Immerhin zwei Supermärkte haben sich entschieden Produkte aus den Siedlungen nicht zu verkaufen
- Es gibt nun ein volles Bewusstsein der Geschäftsinhaber über "die Angelegenheit"
- Wir haben vertiefte Kenntnisse über die UN OECD Leitprinzipien und die Arbeitsweisen im Nahrungsmittelsektor erlangt
- Wenn dieser Vorgang abgeschlossen ist, können wir sagen "wir haben alles versucht" und unser einziger Vorschlag ist einfach "alle Israelischen Produkte zu boykottieren"

Abschließende Hinweise

- Seid geduldig, denn Kampagnen können lange Zeit brauchen, bevor sie Ergebnisse erzielen
- Seid optimistisch, denn es braucht manchmal nur einige wenige Personen um eine Aktion schnell und erfolgreich durchzuführen
- Solide Argumente sind wichtig, aber positive Ergebnisse hängen oft von der Sympathie Einzelner ab. Wir müssen versuchen, Menschen zu gewinnen.
- Auch wenn wir unser Ziel nicht erreichen ist es doch nützlich eine Kampagne zu machen um ein Bewusstsein für die Thematik aufzubauen. Die Hauptwirkung unserer BDS Kampagne war auf dem Niveau der Bewusstseinsbildung.